

LEBENSSCHUTZ PRESSE-INFORMATIONEN

1 D 20405 E

Monatsschrift zur Pflege und Erhaltung gesunder Lebensgrundlagen für Landschaft, Pflanze, Tier u. Mensch

Herausgegeben vom WELTBUND ZUM SCHUTZE DES LEBENS Sektion Bundesrepublik Deutschland e. V.

6. Jahrgang Dezember 1975 **Nr.** 12

Die Lebensschutzbewegung

Ein Rückblick

Blicken wir zurück auf das Jahr 1975, das nun bald der Vergangenheit angehören wird, lassen wir noch einmal im Zeitraffer die verschiedenen Ereignisse vorüberziehen, dann treten als besonders wichtig die „Platzbesetzungen" von Marckolsheim und Wyhl hervor, bedeutungsvoll deshalb, weil hiermit eine neue Phase in der Geschichte der Bürgerinitiativen eingeleitet wird; und das heißt zugleich: eine neue Phase im Prozeß einer fortschreitenden Demokratisierung. Ein weiteres einschneidendes Geschehen – wenn auch nicht so „spektakulär" d. h. nicht unmittelbar sinnlich wahrnehmbar – ist die immer stärker hervortretende Begrenzung unseres irdischen Raumes und damit unserer physischen Existenz. Selbst für den Wundergläubigen läßt sich diese Tatsache nicht mehr verneinen, wenn er auch nur die Beule am Kopf spürt, mit dem er durch die Wand wollte.

Wohin wir auch schauen, wohin wir uns wenden, überall wird am Horizont eine bislang unsichtbare Wand erkennbar. Oft noch undeutlich, in weiter Ferne verschwommen, und so können Kurzsichtige vielleicht noch behaupten, sie sähen nichts, für den Normalsichtigen ist diese Tatsache nicht mehr zu übersehen. Und je schneller wir uns auf diese Begrenzung hinzu bewegen, umso bedrohlicher nähert sie sich uns. Unser Freiheitsraum wird kleiner und kleiner. Weil wir uns zuviel Freiheit nahmen, steht jetzt unsere ganze Freiheit auf dem Spiel.

Herbert Gruhl sagt bezeichnenderweise: „Wie seltsam, daß dieses materialistische Zeitalter, das den „Dialektischen Materialismus" hervorgebracht hat, bis heute nicht begriffen hat, daß zur Güterproduktion Materie notwendig ist." **(H. Gruhl, Ein Planet wird geplündert,** S. 96). Wir müssen hier ergänzen: Und da die Materie begrenzt ist, sollten wir endlich begreifen, daß zwangsläufig auch der Produktion Grenzen gesetzt sind.

Das Zeitalter der Aufklärung, der Naturwissenschaft, des Materialismus hat in Wahrheit noch nicht begonnen. Wir stehen erst heute an seiner Schwelle. Wie ist das zu verstehen?

Bisher wechselten wir beim Übergang vom Mittelalter in die Neuzeit nur den Glaubens i n h a l t, nicht aber unsere Glaubens b e r e i t s c h a f t, unsere Gläubigkeit selber. Der Glaube an den unendlichen, allmächtigen Gott wurde ersetzt durch den Glauben an die unendliche Natur und den allmächtigen Erfindergeist des Menschen. Kategorien, die für Geist, Denken und Leben zutreffen, wurden ohne Prüfung übertragen auf die Materie. Das heißt nichts anderes, als die Materie in ihrer Eigengesetzlichkeit zu verkennen.

Am verhängnisvollsten wirkt sich aus die Übertragung des Begriffes Freiheit in die Wirtschaft, d. h. dorthin, wo Rohstoffe verbraucht werden. Diese Freiheit wird zwangsläufig die völlige Unfreiheit zur Folge haben. Wir erinnern hier nur an die Atomreaktoren und die Baupläne der Regierungen. Hier wird z. B. die Bevölkerung eines Landes für Generationen gezwungen, mit peinlichster Genauigkeit den gelagerten Atommüll zu bewachen, umzubetten und aufzubereiten. Sie wird gezwungen, physisch mit der freigesetzten Radioaktivität fertig zu werden und psychisch ständig in der Furcht vor einem immerhin möglichen Reaktorunfall zu leben, bei dem es für Millionen Menschen in unserem dichtbesiedelten Gebiet keine Rettung gibt. Je länger wir dem Prinzip „Freier Wettbewerb im Rohstoffverbrauch" – verbrämt genannt „freie Marktwirtschaft" – anhängen, umso schneller werden wir in die völlige Abhängigkeit und Unfreiheit kommen, zunächst als Nation – denn unsere eigenen Rohstoffvorräte sind mit Ausnahme von Kohle äußerst gering –, dann aber auch weltweit, denn Wasser und Luft werden bei allen Industrieprozessen in gleicher Weise verbraucht. Diese kennen keine Grenzen, und gerade auch die Verteilung der Rohstoffvorkommen auf der Erde macht erkennbar, daß für eine industrialisierte Wirtschaft ein weltweiter Austausch von Rohstoffen Voraussetzung ist.

Nachdem der Mensch durch die Entdeckung und Handhabung der Atomkernspaltung „allmächtig" wurde und selbst das Schicksal der Erde in seine Hand gelegt war, erlebt er nun seine Ohnmacht, nämlich die Grenzen seiner Macht. D i e E r d e w i r d i h m z u m S c h i c k s a l.

In mehrfacher Hinsicht treffend wird dieser heutige Aufbruch die „Kopernikanische Wende" genannt. Damals wurden als Ketzer verfolgt diejenigen, die die Erde nicht mehr als Scheibe sehen konnten, als Mittelpunkt, um den die Sonne kreiste, sondern die von ihrer Naturbeobachtung her die Erde als einen die Sonne umkreisenden Planeten verstehen lernten.

Für diese „Ketzer" bedeutete das keine Abwendung von Gott, ihre Gläubigkeit wurde vielmehr vertieft und in größere Dimensionen gelenkt. Doch die herrschenden Institutionen der Kirche brandmarkten diesen Glauben mit dem Schimpf des Teufelsblendwerkes, Aber- und Irrglaubens und verbannten die Naturwissenschaftler somit aus der Religionsgemeinschaft. Offensichtlich kann der Mensch aber eher ohne Wissenschaft als ohne Glauben leben. So verschmolz sich auf unselige Weise die Glaubensbereitschaft des naturwissenschaftlich arbeitenden Menschen mit seiner neuen Wissenschaft und führte zu dem

wirklichen als „Aber"- oder besser „Irrglauben" zu kennzeichnenden W a c h s t u m s g l a u b e n unserer heutigen Rationalisten, die die Welt in West und Ost beherrschen.

Wer dies auf Grund seiner eigenen unmittelbaren Naturbeobachtung durchschaut und auf die Endlichkeit unseres begrenzten Planeten hinweist, bringt sich damit abermals in Widerspruch zu der herrschenden Weltreligion, wie sie von all' unseren auf Naturwissenschaft basierenden Wirtschaftspolitikern vertreten wird. Auch er wird als Ketzer verfolgt und seinen Einsichten mit Glaubensartikeln begegnet.

Ein Trost kann uns sein, daß wir es heute bedeutend leichter haben als unsere „Vor-Ketzer". Steigende Arbeitslosigkeit, schwindende Ressourcen — am steigenden Preis zu verfolgen — und der vereinigte Aufstand des gesunden Menschenverstandes wie in Wyhl lassen schon jetzt sinnlich wahrnehmen, wo Wahrheit und Wirklichkeit zu finden sind. Dagegen war die Erkenntnis: nicht die Sonne, die doch im Osten „aufgeht" und im Westen „sinkt", drehe sich um die Erde, sondern die Erde umkreise die Sonne, viel, viel schwerer nachzuvollziehen.

Noch eines ist wichtig, wenn es uns gelingen soll, eine kopernikanische Wende im Erdensein des Menschen herbeizuführen. Nicht nur muß die Freiheit aus der Wirtschaft heraus und in das Geistesleben hinein, es muß auch dem Bedürfnis des Menschen nach gläubiger Hingabe in einem echten religiösen Leben Rechnung getragen werden, so daß in der Wissenschaft von Natur und Mensch das Denken sich wirklich frei und ungehindert entfalten kann. Das sich ein an den Phänomenen orientiertes naturwissenschaftliches Denken und religiöse Erlebnisfähigkeit zu treffen vermögen, ist längst unter Beweis gestellt worden.

Nur der Mensch, der aus der vollen Verantwortung für die ihm anheimgegebene Erde und für seinen Mitmenschen handelt, der aus dieser Verantwortung heraus auch eine ihn überhöhende Instanz anerkennt, wird letzten Endes in der Lage sein, heilend in unsere heillose Welt einzugreifen.

In diesem Sinne können wir das Fest, das zu begehen wir uns anschicken, verstehen und sinnvoll feiern, als ein religiöses Fest, dessen Mittelpunkt irdisches Geschehen ist und das wir unter die Zeichen von Stern, Baum und Kind stellen.

U. H. W.

Das Präsidium des WSL / BRD wünscht allen Mitgliedern und Freunden für die Feiertage Ruhe und Besinnung, um für die Arbeit im kommenden Jahr die tragenden geistigen Grundlagen zu gewinnen.

Werner G. Haverbeck

Bürgerinitiativen beim Bundespräsidenten

Zum 29. 9. 1975 hatte Bundespräsident Walter **Scheel** Repräsentanten von Bürgerinitiativen zu einem Gespräch im kleinen Kreis in der Villa Hammerschmidt eingeladen. Vertreten waren vornehmlich pädagogische und in Sozialhilfen tätige Initiativen, wie sie durch die von Werner **Rietz** begründete Stiftung „DIE MITARBEIT" gefördert werden. Werner **Haverbeck** war als Präsident des WSL leider der einzige Vertreter einer Bürgerinitiative für Umwelt- und Lebensschutz. Anwesend waren erfreulicherweise auch Dr. E. F. **Schumacher,** London und MdB Dr. Herbert **Gruhl,** die beide unmittelbar zuvor an der Jahrestagung des WSL auf dem Ludwigstein teilgenommen hatten. Werner **Haverbeck** versuchte in diesem Gespräch folgendes zu verdeutlichen: Eine durch eine soziologische Studie sich einschleichende Unterscheidung zwischen Bürgerinitiativen, die „positiv für etwas" eintreten und solchen, die „aus einer Anti-Haltung n u r protestieren", ist unzulässig, da sie dem Sachverhalt widerspricht. Zugegeben, daß es Bürgeraktivitäten gibt, die nach dem „St. Florians-Prinzip" Schaden nur von s i c h abwenden wollen, so ist doch die weitaus überwiegende Mehrheit der für Umwelt- und Lebensschutz angetretenen Bürgerinitiativen zu ihrem Widerstand durch ihr p o s i t i v e s Eintreten für Grundwerte des Lebens veranlaßt worden: Wer sich gegen eine Industrieansiedlung in seinem Wohnort oder gegen einen Atomreaktor — wie etwa in Wyhl — ausspricht, setzt sich damit entschieden für etwas ein, nämlich für die Erhaltung eines gesunden Lebensraumes, für die Lebensgrundlagen seiner Kinder und für seine unzerstörte Heimat.

Im übrigen ist es höchst gefährlich, nach „positiv" und „negativ" zu unterscheiden, weil daraus nur zu leicht verallgemeinert wird: staatsbejahend und systemverneinend. Das neue demokratische Phänomen der Bürgerinitiativen als einer außerparlamentarischen durch alle Parteien hindurchgehenden Opposition wird sein Vorzeichen erhalten nicht zuletzt durch die Gesprächsbereitschaft der etablierten Parteien und Regierungsvertreter. Die Anerkennung und Beteiligung dieses neuen Elementes der Demokratie an für alle Bürger lebenswichtigen Entscheidungen kann die konstruktive Mitarbeit garantieren, anstatt von vorneherein die Widersprechenden nach „außen" zu drängen. Die Verantwortung für eine „Radikalisierung" der Bürgerbewegung wird nicht nur von deren Sprechern, sondern nicht weniger vom Verhalten der Regierenden getragen. —

Wozu hier zweierlei hinzuzufügen ist:

Einmal: Mit dem „Anhören" der Vertreter von Bürgerinitiativen ist noch nichts getan, es müssen von Seiten der Behörden Maßnahmen folgen. Sonst erfüllen diese Anhörungen, Gesprächs-und Umweltforen nichts anderes als eine Alibi-Funktion und machen die Demokratie suspekt.

Zum anderen: Die Bürgerinitiativen gegen Umweltschädigungen sollten aus dieser Aufteilung in „weiße und schwarze Schafe" lernen und in ihrem Abwehrkampf gegen Atomreaktoren und totale Industrialisierung nicht versäumen, immer wieder darauf hinzuweisen, w o f ü r sie sind, und welche Alternativen (nicht nur technologischer Art!) sie sich erarbeiten.

Gespräch zwischen Vertretern von Bürgerinitiativen in Berlin unter Vorsitz von Altbundespräsident Dr. Gustav Heinemann

Wie schon mehrfach in dieser Zeitschrift dargestellt, erleben wir in der gegenwärtigen Auseinandersetzung einen Kampf um den Fortbestand einer bewohnbaren Erde, der zwar von Menschen ausgetragen wird, hinter denen jedoch andere Mächte stehen, gegen die der einzelne machtlos ist, denen wir nur die Gefolgschaft verweigern können.

Diese Mächte bedienen sich des menschlichen Egoismus und Ehrgeizes, seiner Machtgier, Spezialisierung und Beschränktheit. Für die Glaubwürdigkeit der Lebensschutzbewegung ist es daher entscheidend, ob es ihren Vertretern gelingen wird, sich von solchen, jedem Menschen mehr oder weniger innewohnenden, Motivationen frei zu machen und aus gegensätzlichen Impulsen zu handeln.

Ein Schritt in diese Richtung könnte ein Vorhaben genannt werden, das am 8. November in Berlin eingeleitet wurde.

Auf Anregung des Präsidenten des WSL hat Alt-Bundespräsident Heinemann die Initiative ergriffen und in der Bürgerbewegung für Natur-, Umwelt- und Lebensschutz arbeitende Persönlichkeiten aus den großen Bundesverbänden zu einem ersten Austausch „am runden Tisch" nach Berlin ins Umweltbundesamt eingeladen.

Aus dem Inhalt Seite

Es war nicht das einstige Amt, sondern die persönliche Integrität und unbezweifelbare Sachlichkeit, die zur Wahl dieses Koordinators Veranlassung gaben. Und noch mehr: Als erster Staatsmann hatte der damalige Bundespräsident Dr. Heinemann den Mut, bereits 1972 anläßlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels in der Paulskirche auf die vom Meadows für den Club of Rome markierten „Grenzen des Wachstums" nachdrücklich hinzuweisen. Wenn 3 Jahre danach noch kaum tiefer greifende Konsequenzen aus dieser und nachfolgenden verbesserten Analysen gezogen worden sind, weder von der Wirtschaft noch von den Regierenden, ist statt des Wortes nunmehr die Tat fällig. Das heißt in diesem Falle: es liegt jetzt an den Bürgern, die Konsequenzen zu bedenken und zu vollziehen.

Mit anderen Worten: eine wirksame Bürgerbewegung tut not, die sich dem Staatsvolk wie seiner Regierung gegenüber im gemeinsamen Chor ihrer vielfältigen Stimmen zum Ausdruck bringt und das jetzt Fällige durchsetzt.

So saßen in Berlin um einen Tisch die zwölf eingeladenen Persönlichkeiten, die in überregionalen Umweltschutzverbänden engagiert sind. Im Verlauf des Gespräches wurde erkennbar, daß auf Bundesebene vornehmlich sechs Verbände für den Umweltschutz tätig sind. Wir führen sie hier in der Folge ihrer Entstehung auf:

1. Deutscher Naturschutzring (DNR) — Neubegründung 1950
2. Weltbund zum Schutze des Lebens (WSL) seit 1960 in der BRD
3. Deutscher Bund für Lebensschutz (DBL) 1965
4. Deutsche Lebensschutz-Verbände und -Bürgerinitiativen (DLVB) 1965
5. Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) 1971
6. Bund Natur- und Umweltschutz Deutschland (BNU) 1975

In ihrem Grundanliegen stimmen alle überein; sie wollen die Natur — zu der auch der Mensch gehört — vor dem Menschen schützen. Es wurden im Laufe der Zeit nur jeweils verschiedene Gewichte gesetzt und führten zu Abtrennungen, solange noch Teilbereiche der Natur als besonders gefährdet angesehen werden konnten. Heute wird von allen die Gefährdung des Lebens schlechthin und die Zerstörung unseres Ökosystems erkannt, so daß ein Zusammengehen und ein Miteinanderarbeiten durchaus in den Bereich des Möglichen zu rücken scheint.

Sicher ist die Zusammenarbeit an der Basis einfacher: Naturschützer wurden z. B. Mitglied des Weltbundes und Weltbundmitglieder begründeten, als die Zeit dafür reif war, eigene Bürgerinitiativen, und die Bürgerinitiativen wiederum schlossen sich zusammen, wo es galt, viele Stimmen gegen Atomreaktoren zu sammeln, oder Anhörverfahren zu bestreiten.

Eine ähnliche Zusammenarbeit im politischen Raum, in der Vertretung gegenüber der Bundesregierung und den Parteien, sollte auch von den Vorständen angestrebt und ermöglicht werden. So wurde in Berlin als erste gemeinsame Handlung ein Schreiben an den Vorsitzenden der SPD Willy Brandt zum Parteitag in Mannheim gerichtet, in dem gebeten wurde, die Beschlüsse der SPD Baden-Württemberg auch für die gesamte SPD zu übernehmen (Moratorium für Atomreaktoren). Weiter wurde durch einen Fünferausschuß in der Mittagspause ein Entwurf als Arbeitsgrundlage für das nächste erweiterte Treffen verfaßt. Dieser wurde am Nachmittag gemeinsam überarbeitet und verabschiedet.

Diese erste Zusammenkunft fand im Umweltbundesamt, Berlin, Bismarckplatz 1, statt. Der Präsident des Umweltbundesamtes Dr. von Lersner hatte äußerst hilfreich und unbürokratisch 3000 DM für Fahrtkostenerstattung vermittelt und den Sitzungssaal des Hauses und seine eigene Mitwirkung zugesagt. Darüber hinaus fanden wir in Frau Klütz eine freundliche Hilfe, die einen Teil unserer Notizen gleich in Maschinenreinschrift brachte.

Das zweite erweiterte Treffen wurde für Bonn geplant und fand am 2. Dezember statt.

U. H. W.

Arbeitspapier für die zweite Gesprächsrunde

Zur Diskussion stehen folgende Punkte für eine mögliche gemeinsame Arbeit:

1. Solidarität bedeutet nicht Aufgabe der eigenständigen Arbeit.
2. Konkurrenz- und Rivalitätsdenken sollten aufhören.
3. Jede Zusammenarbeit auf Bundesebene hat ganz wesentlich auch die Aufgabe, die Arbeit an der Basis zu stärken.
4. Die Bildung eines Deutschen Rates für Umwelt- und Lebensschutz wird vorgeschlagen.
5. Der Deutsche Rat Umwelt und Lebensschutz hat folgende Aufgaben:

a) Für den ständigen Informations- und Erfahrungsaustausch unter den Natur-, Umwelt- und Lebensschutz-Verbänden der BRD zu sorgen,

b) Arbeitsteilungen anzuregen,

c) zu wichtigen Problemen des Natur-, Umwelt- und Lebensschutzes gemeinsam Stellung zu nehmen. Er soll versuchen, über grundlegende Fragen eine Übereinstimmung zu erzielen und diese nach außen zu vertreten. Dies bezieht sich auch auf Umweltvorsorge und Umweltpolitik.

6. Der Deutsche Rat für Umwelt- und Lebensschutz sollte etwa 10 Personen umfassen.
7. Die Arbeit des Deutschen Rates für Umwelt und Lebensschutz liegt im öffentlichen Interesse. Darum wird erwartet, daß die Bundesregierung, ähnlich wie beim Sachverständigenrat für Umweltfragen, die Finanzierung übernimmt.
8. Der Deutsche Rat für Umwelt und Lebensschutz fühlt sich in seiner Zielsetzung und Tätigkeit verantwortlich für die BRD, eingebettet in eine Verantwortung für unseren gesamten bewohnten Planeten und gegenüber zukünftigen Generationen.

Ein Schritt nach vorn:

Deutscher Rat für Umwelt und Lebensschutz am 2. Dezember 1975 in Bonn begründet Altbundespräsident Dr. Gustav Heinemann übernimmt die Schirmherrschaft

Angesichts des drohenden Zusammenbruchs von Wachstumswirtschaft und Ökosystem wurde dank der intensiven Bemühungen von Dr. Gustav Heinemann und Werner G. Haverbeck von den Bundesverbänden des Natur-, Umwelt- und Lebensschutzes sowie der Bürgerinitiativen Umweltschutz der „Deutsche Rat für Umwelt und Lebensschutz" begründet.

Der Deutsche Rat für Umwelt und Lebensschutz hat die Aufgabe, zu wichtigen Belangen des Schutzes der Umwelt und des Lebens öffentlich Stellung zu nehmen, gemeinsame Aktionen der Verbände in die Wege zu leiten und die Zusammenarbeit in praktischen Fragen zu intensivieren.

Es gehören ihm an:

Prof. Dr. Herbert Bruns
(Deutscher Bund für Lebensschutz)

Dr. Herbert Gruhl, MdB
(Bund Natur- und Umweltschutz Deutschland)

Prof. Dr. Werner Haverbeck
(Weltbund zum Schutze des Lebens)

Pfarrer Kurt Oeser
(Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz, Bonn)

Hans-Helmuth Wüstenhagen
(Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz)

Prof. Dr. Haverbeck wurde gebeten, als Sprecher für den Rat sich zur Verfügung zu stellen.

Diese nach ausführlichen Besprechungen durchgeführte Begründung wurde von allen Teilnehmern begrüßt. Wir geben hier der Hoffnung Ausdruck, daß damit unsere Lebensschutzarbeit weiteren Auftrieb und verstärkte Wirkensmöglichkeiten in einer oftmals verzweiflungsvoll erscheinenden Situation erhält.

Bürgerinitiativen überflüssig?

(C. R.) – Ein Gesetzentwurf aus dem Bundesjustizministerium wird den Bürgerinitiativen einigen Wind aus den Segeln nehmen: Vielerorts taten und tun sich Bundesbürger zusammen, weil sie sich durch Baupläne der Gemeinde, durch Sanierungsvorhaben u. a. „überfahren" fühlen. Ihre Antwort sind oft Proteste, Demonstrationen – häufig gefühlsbetont und nicht selten politisch mißbraucht.

In Zukunft – so sieht es die Novelle zur Verwaltungsgerichtsordnung vor – sollen alle von solchen Verordnungen oder Satzungen einer Gemeinde Betroffenen die Möglichkeit haben, durch ein unabhängiges Gericht prüfen zu lassen, ob die Interessen der einzelnen Bürger und das Gemeinwohl wirklich objektiv gegeneinander abgewogen wurden. Eine solche Abwägung der öffentlichen und privaten Belange schreibt zum Beispiel das Bundesbaugesetz ausdrücklich vor. Ähnliches gilt für die Sanierungsmaßnahmen aufgrund des Städtebauförderungsgesetzes.

Bis jetzt haben von solchen Planungen der Kommunen Berührte nur dann das Recht, ein Gericht anzurufen, wenn sie von einer Verwaltungsgerichtsentscheidung unmittelbar betroffen werden, ihnen also z. B. ein Baugesuch abgelehnt wird, weil ihr Grundstück aufgrund des Bauleitplanes in einer als Erholungsfläche vorgesehenen Zone liegt. In Zukunft dagegen soll jedermann, der durch eine Satzung oder Rechtsverordnung einer Gemeinde einen Nachteil erlitten oder zu erwarten hat, das zuständige Oberverwaltungsgericht anrufen und um rechtliche Prüfung dieser Vorschriften bitten können. Das gilt auch für juristische Personen, also Firmen, Vereine usw.

Die Richter müssen untersuchen, ob die Gemeinde sich an Sinn und Auftrag der Gesetze hielt, ob sie nicht gegen Bundes- oder Landesrecht verstieß oder ob nicht das Grundgesetz verletzt wurde – etwa der in diesem Zusammenhang so wichtige Eigentums-Artikel 14. Beanstanden die Richter die Satzung oder Rechtsverordnung, dann darf nicht nach ihr verfahren werden. Unzählige Einzelprozesse dürften damit überflüssig und viel Zeit und Kosten erspart werden.

Eichstätter Kurier 10. 11. 1975

Ökologische Probleme in Verantwortung der Bürger

Vortrag von Dr. Werner Kieffer auf dem Offenen Akademietag am 25. 10. 1975 in Kaiserslautern

Ökologische Probleme sind erst ins Bewußtsein der Bürger getreten, seitdem man beginnt, Skepsis gegenüber dem technischen Fortschritt und vor allem dem ungehemmten wirtschaftlichen Wachstum zu hegen. Als in den 60er Jahren eine große Partei auf ihren Wahlplakaten forderte, daß der Himmel über dem Ruhrgebiet wieder blau werden sollte, da begegnete man diesem Postulat in weiten Kreisen noch mit Unverstand. Mittlerweile haben so unzusammenhängende Ereignisse wie das Erscheinen des Büchleins von Dennis Meadows „Die Grenzen des Wachstums" im Jahre 1972 und die Ölkrise des Jahres 1973 das Bewußtsein des Bürgers verändert. Er beginnt – langsam, sehr langsam –, die Endlichkeit unseres Erdballs zu erkennen und die damit dem Einzelnen übertragene Verantwortung.

Nun ergibt sich allerdings eine merkwürdige Tatsache. Als Einzelmensch reagiert der Bürger oft einsichtig und vernünftig, wenn er auf die Probleme der Wachstumsbegrenzung und der Umweltproblematik angesprochen wird. Sobald er aber beginnt zu handeln, kann er in aller Regel aus seiner Rolle als Teil einer Gruppe nicht aussteigen und handelt – gegen seine bessere Einsicht – wie zuvor. Als Einzelmensch liest er am Feierabend zustimmend über die Grenzen des Wachstums, kann aber am nächsten Morgen im beruflichen Alltag keine Verbindung zu dem am Vortag Erkannten herstellen. Unser marktwirtschaftliches System ist in der Tat auf Wachstum programmiert. Wer am Wachstum zweifelt, rüttelt an den Grundfesten. Die in diesem System handelnden Gruppen können daher in der Regel – ohne die eigene Existenz in Frage zu stellen – nicht zur Kenntnis nehmen, daß sich etwas Grundlegendes zu verändern beginnt. Man wird an Morgenstern erinnert: „Denn, so schließt er messerscharf, nicht sein kann, was nicht sein darf."

Es soll im ersten Teil der Ausführungen versucht werden, den Denkprozeß nachzuvollziehen, der die wichtigsten Gruppen unserer Bevölkerung so zäh am Wachstumsdenken festhalten läßt. Im zweiten Teil soll dann Ausschau gehalten werden, von wo aus am ehesten ein Umdenkprozeß eingeleitet werden kann.

I.

Eine typische Antwort des V e r b r a u c h e r s auch auf die ökologische Frage wurde einem Rundfunkreporter vor kurzem bei einer Befragung von Passanten gegeben: „Katastrophenschutz? Ich habe in meinem Leben genug Katastrophen erlebt, wir brauchen eine wenigstens 50jährige Ruhepause von Katastrophen!" Man muß Verständnis für diese Haltung weiter Kreise der Bevölkerung haben: Seit den 50er Jahren ist es zum ersten Mal gelungen, der breiten Masse einen gewissen Wohlstand zu verschaffen.

Was alles zu unserem heute relativ hohen Lebensstandard beigetragen hat, braucht hier nicht im einzelnen aufgeführt zu werden. Jedenfalls hat man sich jahrzehntelang nur um den eigenen Aufstieg bemüht und ist dabei unversehens in die Spitzengruppe des Lebensstandards aufgerückt. Wer wollte es den breiten Schichten, die heute den Mittelstand darstellen – Handwerker, Facharbeiter, Angestellte, Beamte, Freiberufliche –, verargen, wenn sie sich nach langen entbehrungsreichen Jahren des erreichten Wohlstands freuen möchten, und zwar unbeeinträchtigt von Problemen, die möglicherweise einen Verzicht auf diese oder jene Errungenschaft mitbringen könnten. Sicher war auch diese Einstellung lange Zeit eine Reaktion auf die Überbetonung des gemeinnützigen Handelns in den Jahren von 1933 bis 1945: „Gemeinnutz vor Eigennutz" stand auf dem Rande aller größeren Münzen!

Die Ölkrise 1973 veränderte das Verbraucherverhalten allerdings drastisch. Als Heizöl und Benzin teuer und knapp wurden, als autofreie Sonntage eingeführt wurden, wurde vielen die Situation bewußt, in die die hochgezüchteten Industrieländer hineinzugleiten drohten. Seither ist – sehr zum Leidwesen des Finanzministers – eine Sparwelle ausgebrochen, in der Monat für Monat über 15 % auf die hohe Kante gelegt werden, um für schwierige Zeiten, vor allem Arbeitslosigkeit, gerüstet zu sein. Allerdings: Mit Umweltbewußtsein hat diese Tendenz nur in Ausnahmefällen etwas zu tun. Wenn die lärmende Straße, das stinkende Industriewerk oder die radioaktive Gefährdung nicht einen selbst direkt belästigt, dann handelt auch heute noch die Masse unserer Bürger gern nach dem St. Florians-Prinzip und gibt sich zufrieden, wenn die Gefahr vom ganz privaten Wohlbefinden abgewehrt ist.

Das Bewußtsein der A r b e i t n e h m e r, die ja weitgehend mit den Verbrauchern identisch sind, ist – gerade in Zeiten wachsender Arbeitslosigkeit – mehr noch als bisher an Fortschritt und Wachstum gebunden. Eine wirkliche Sicherung der Arbeitsplätze, so konnte man in der Vergangenheit immer wieder feststellen, ist nur bei wachsender Wirtschaft möglich, da jeder Investition stets ein arbeitssparender Effekt innewohnt, der nur durch Wachstum kompensiert werden kann. Umweltschutz ist in den Augen der Arbeitnehmer zwar gut, aber nur wenn dadurch nicht die Arbeitsplätze gefährdet werden. So gab es in Stade am 1. Oktober – wohl zum ersten Mal in der Bundesrepublik – eine Demonstration g e g en Umweltschutz von Arbeitnehmern, die ihren Arbeitsplatz bei der Dow Chemical und den Vereinigten Aluminium-Werken gefährdet sahen. Auch dies ist eine in höchstem Grad verständliche, allerdings kurzfristig orientierte Reaktion. Die Tatsache, daß

der Fortgang des Wirtschaftswachstums mit Sicherheit auf die Dauer eine weit drastischere Gefährdung von Umwelt und Arbeitsplätzen mit sich bringt, ist in das Bewußtsein der Arbeitnehmer bisher noch kaum eingedrungen. Hier harrt der Gewerkschaft als den legitimen Vertretern der Arbeitnehmerinteressen eine wichtige Aufgabe: Sie müssen die langfristigen Interessen der Mitglieder notfalls sogar gegen diese selbst und ihre kurzfristigen Interessen vertreten.

Der Politiker denkt, wer wollte ihm das verargen, stets an die nächste Wahl. Ihn interessiert daher vor allem, was sich seine Wähler heute wünschen, weniger was langfristig notwendig wäre. Da Verbraucher und Arbeitnehmer den weitaus größten Teil des Wahlpotentials ausmachen und diese wohl auf eine Aufrechterhaltung oder gar eine weitere Steigerung des Lebensstandards und damit auf einen Fortgang des wirtschaftlichen Wachstums hoffen, wird der Prophet umweltbedingter Einschränkungen wenig Chancen haben, die nächste Wahl zu gewinnen. (Es wird interessant sein, in den bevorstehenden Wahlen die Richtigkeit oder Falschheit dieser These in den Wahlkreisen „weißer Raben" zu kontrollieren: Erhard Eppler (SPD) spricht in seinem Buch „Ende oder Wende" durchaus unpopuläre Wahrheiten aus, und Herbert Gruhl (CDU) hat vor wenigen Wochen ein sensationelles Buch „Ein Planet wird geplündert" herausgebracht. Wenn solche Politiker eine Chance haben sollten, dann wäre das ein Indiz für einen beginnenden Umdenkprozeß auch bei der breiten Masse der Bevölkerung.) Die weitaus überwiegende Zahl der Politiker aller Parteien hängt jedenfalls unverdrossen den Wachstumsthesen an und vertraut auf die Lösbarkeit der damit zusammenhängenden wirtschaftlichen, technischen und ökologischen Probleme.

Es ist übrigens interessant zu erkennen, wie die Front zwischen Wachstumsoptimisten und Wachstumsskeptikern nicht nur in der Bundesrepublik quer durch die Parteien geht. Der holländische Sozialdemokrat Sicco Mansholt, früher ein engagierter Wachstumsfanatiker, sagt heute: „Die Träumer sind diejenigen, die die Hoffnung nähren, man könne menschliche Probleme durch stetes Wirtschaftswachstum lösen." Und der DDR-Philosoph Wolfgang Harich, ein überzeugter Kommunist, vertritt in dem Buch „Kommunismus ohne Wachstum?" die Thesen von Meadows und stellt sich damit in Gegensatz zur offiziellen Doktrin der DDR.

Die Manager der Wirtschaft sind vom System her dem Wachstum verpflichtet. Marktwirtschaftliche Prinzipien sind mit einer stagnierenden Wirtschaft fast nicht zu vereinen. Zudem war es in den zurückliegenden Jahrzehnten fast immer möglich gewesen, Fehlentscheidungen im Unternehmen durch weiteres Wachstum wieder zu korrigieren. Wenn nun die Verkaufszahlen rückläufig werden, dann ist auch die Rentabilität gefährdet: Die hohe Fixkostenlast — Zinsen und Abschreibungen — drücken unvermindert auf den kapitalintensiv gewordenen Betrieb. Da ist es dann kein Wunder, wenn den Geldgebern oder gar der mit Landesbürgschaft eingestiegenen Regierung erneutes Wachstum des Unternehmens wichtiger sein muß als unvermeidlich kostenverteuernde Umweltschutzmaßnahmen. In gut florierenden Unternehmen ist die gewissenhafte Befolgung auch von u. U. kostspieligen Umweltschutzmaßnahmen kein wesentliches Problem. In schlechten Zeiten tritt jedoch in der Wirtschaft zwangsweise die Bereitschaft zur Förderung ökologischer Maßnahmen hinter der Förderung nach weiterem Wachstum und nach Kostenersparnis zurück. Das ist kein böser Wille, sondern ein unvermeidliches Ergebnis marktwirtschaftlicher Denkweise.

Naheliegenderweise sind es in der Wissenschaft gerade auch vor allem die Ökonomen, die dem Wachstum anhängen. Zu ihnen gesellen sich allerdings auch viele Ingenieure und Naturwissenschaftler. Ihr Zutrauen in die Machbarkeit der Zukunft ist groß. Noch immer, so argumentieren sie, ist den Technikern etwas eingefallen, wenn die Welt an ihre Grenzen zu stoßen schien. Sie verweisen darauf, daß Malthus und seine Prophezeiungen durch die grüne Revolution gründlich widerlegt worden seien, und erhoffen sich auch Lösungen für heute noch ungelöste Probleme des Umweltschutzes — z. B. für die noch immer offene Frage der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle. Daß den Wissenschaftlern auch einmal nichts einfallen könnte, ist für sie indiskutabel.

Und dann ist Wissenschaft — leider — nicht immer unabhängig. Da auch Wissenschaftler Familien haben, die sie ernähren müssen, und andererseits fast jede wissenschaftliche Aussage genügend Spielraum für subjektive Beurteilungen läßt, findet sich wohl stets gegen gutes Honorar ein Gutachter, der etwa über die Unschädlichkeit eines als umweltschädlich zur Diskussion stehenden Erzeugnisses eine positive Aussage macht. Da die großen Mittel aber fast ausschließlich bei denen liegen, die am Wachstum interessiert sind, fällt es dem Außenstehenden häufig schwer, immer an den neutralen objektiven Standort der Wissenschaft zu glauben.

Fortsetzung folgt

Informationen zum Atomproblem

Grundremmingen: Die ersten Toten

Im Nachfolgenden bringen wir einen Ausschnitt aus dem Bericht zum Reaktorunfall in Grundremmingen von **August Haußleiter:**

Das Erschreckende an unserer gegenwärtigen Lage besteht darin, daß das völlig Neue, das mit der Atomkernspaltung in die Welt getreten ist, weder geistig bewältigt noch gar moralisch verarbeitet worden ist. Forscher und Wissenschaftler spielen mit den neuen, immer noch unvorstellbaren und unerforschten Energien wie Kinder, die Granaten gefunden haben und sie als Bausteine am Sandkasten benützen. Die Atomspieler versichern uns fortgesetzt, damit könne ja nichts passieren, so wie Kinder die beaufsichtigende Oma im Park beruhigen, während sie am Granatzünder drehen.

Jetzt hat, am letzten Buß- und Bettag, ein verhältnismäßig kleiner Zwischenfall am Atomkraftwerk Grundremmingen (bei Günzburg im Bayerischen) den ganzen offiziellen Beruhigungsschwindel als verlogene Propaganda entlarvt. Soeben hatte uns noch das Fernsehen (in einer Reihe „Auf der Suche nach der Welt von morgen") vorgespiegelt, die Atomkraftwerke seien narrensicher so gebaut, daß selbst „menschliches Versagen" zu keinerlei Unfällen führen könne. Man hatte uns — was eine grobe, direkte Lüge war — vom „billigen" und unersetzbaren Atomstrom vorgeschwärmt. Die Regierung bemüht sich verzweifelt, alle Bürgerproteste gegen ihre Milliarden-Abenteuer mit der Atomenergie auseinanderzureden und unter Kontrolle zu bringen.

In diesem Augenblick fielen im Atomkraftwerk Grundremmingen die ersten zwei Toten, Handwerker, die schon ein paar hundert Male die gleichen Reparaturen durchgeführt hatten, als Opfer der Atomkraftwerksillusionen. Wir wollen hier sehr nüchtern nur wenige der entscheidenden Feststellungen wiedergeben, die dabei gemacht wurden:

1. Die Katastrophe, der die beiden Lauinger Schlossermeister Otto Huber und Josef Ziegelmüller zum Opfer fielen, vollzog sich folgendermaßen: Es war 10.42 Uhr am 19. November 1975, dem Buß- und Bettag, als Huber und Ziegelmüller den Kopf eines Ventils im sogenannten Primärwasser-Reinigungskreislauf abmontierten. Schon um sechs Uhr morgens war der Reaktor abgeschaltet (drucklos gemacht) worden, um eine Reihe kleinerer Reparaturen zu ermöglichen. Die beiden Handwerker hatten die 150 Millimeter starke Zu- und Ableitung mit Schiebern vorschriftsmäßig abgeschottet. Mit wenigen Handgriffen lösten sie die beiden Schrauben an der oberen Ventilabdeckung, um an eine der offensichtlich durchlässig gewordenen Stopfbuchsen — Ventildichtungen aus Teflon — heranzukommen. Das hatten sie schon viele hundert Male gemacht: Die Handgriffe waren eingeschliffen. Aber noch ehe die Schrauben ganz gelöst waren, wurde die „Brille" (so der Fachausdruck für die Ventilabdeckung) herauskatapultiert. 265 Grad heißer Dampf, der unter dem Druck von 65 atü stand, zischte heraus. Es war wie eine Explosion. Huber brach sofort tot zusammen. Ziegelmüller rannte auf die Personenschleuse zu und blieb, vor Schmerzen schreiend, kurz vor dem Durchgang liegen. Wenig später wurde er mit einem Hubschrauber nach Ludwigshafen in die Klinik gebracht, in eine Spezialstation für Verbrennungen. Auf dem Weg konnte er noch den Hergang des Unglücks aus seiner Sicht schildern. Tags darauf starb auch er.

2. Die Leitung des Atomkraftwerks Gundremmingen versuchte mit allen Mitteln, die Katastrophe zu verheimlichen — selbst auf die Gefahr einer schweren Schädigung der umliegenden Bevölkerung hin. Der für den Katastrophen-Einsatz zuständige Landrat wurde erst anderthalb Stunden nach dem Zwischenfall verständigt. Nach außen drang die erste Kunde von dem Unglück erst nach sieben Stunden. Dieses Verhalten beweist erneut, genau wie das Vorgehen der Atomkraftwerke bei anderen „Störfällen", daß man die Bürger mit allen Mitteln in Unkenntnis über Atomenergie-Katastrophen lassen will. Die Atomenergie-Befürworter vertuschen Zwischenfälle bewußt. Der Bürger soll ahnungslos bleiben.

3. Nachträglich müssen die Atomkraft-Experten zugeben, daß in Grundremmingen unter bestimmten Umständen auch große Mengen radioaktiven Dampfes hätten austreten können. Nur noch ein einziges weiteres Ventil trennte die Unglücksstelle vom zentralen Reaktordruckgefäß, in dem einige zehntausend Liter radioaktiv verseuchten Wassers kochen. Hätte dieses eine Ventil nicht standgehalten, dann wäre in Grundremmingen der GAU, der größte anzunehmende Unfall, unmittelbar bevorgestanden.

4. Auch so wurde in Grundremmingen radioaktives Wasser freigesetzt, was dazu führte, daß die beiden Handwerker radioaktiv verseucht wurden. Diesen Sachverhalt darf man nicht dadurch heruntersetzen, daß man nun erklärt, sie seien an den Folgen der Verbrühung durch den ausströmenden Dampf gestorben. Natürlich war dies die primäre Todesursache, die sofort wirkte. Die Folgen ihrer radioaktiven Verseuchung konnten beide nicht mehr erleben. Die beiden Leichen mußten jedoch vor der Beerdigung erst noch von den Strahlenfolgen gereinigt werden.

5. Das Unglück von Grundremmingen hat ein Problem deutlich gemacht, das die Betriebsingenieure der Atommeiler schon seit Jahren drückt: Die Kernkraftwerke sind zuwenig „reparaturfreundlich". Bei der Konstruktion der nuklearen Anlagen geben sich die Ingenieure alle Mühe, doppelte und dreifache Sicherungen für den Betrieb einzubauen, viel zuwenig denken sie aber daran, wie etwas repariert werden soll, wenn etwas einmal — beispielsweise durch normale Abnutzung — zu Bruch geht. Auch die notwendigen Wartungsarbeiten, mit denen Schäden vorsorglich verhütet werden, sind oft nur unter größtem Personalaufwand und mit provisorischen technischen Hilfsmitteln möglich.

6. Der Leiter des vom Unfall betroffenen Kernkraftwerks Grundremmingen, Dr. August Weckesser, klagte erst vor kurzem bei einer Tagung des Instituts für Reaktorsicherheit (IRS) in Köln sein Leid. Sein Kernkraftwerk ist das älteste in der Bundesrepublik. Mit den Jahren steigen der Aufwand für Wartung und Instandhaltung sowie durch radioaktive Ablagerungen auch die Strahlenbelastung der Mitarbeiter. Diese Vorbelastung hat zur Folge ,daß sie sich nicht mehr so lange in den gefährdeten Bereichen aufhalten dürfen, wie es für die Arbeiten notwendig wäre, da sonst die gesetzlich festgelegten Strahlenwerte überschritten würden. Um das Problem zu lösen, berichtete Dr. Weckesser, werden vermehrt Facharbeiter von anderen Firmen eingesetzt, die so nur kurzfristig strahlenexponiert sind. Sie sind normalerweise mit den jeweiligen Verhältnissen weniger vertraut. Die beiden Toten von Grundremmingen allerdings waren Angestellte des Kernkraftwerks, die sich auskannten.

7. Dr. Weckesser stellte in Köln einen Wunschkatalog der Kernkraftwerks-Betriebsingenieure auf. So forderte er eine großzügigere räumliche Auslegung in Kernkraftwerken. Da die meisten Arbeiten während der sechs Wochen dauernden jährlichen „Tankpause" eines Kernkraftwerks gemacht werden, reichen selbst die Waschräume nicht aus, um den dann fälligen Andrang des Reparaturpersonals aufzunehmen. Nach Ansicht des Kraftwerkleiters fehlen außerdem Abschirmwände, Hebewerkzeuge, Arbeitsbühnen und Sonderwerkzeuge. Sie werden teilweise im Eigenbau von den Kraftwerken selbst hergestellt. Andererseits versperren Querträger den Weg, durch unüberlegte Leitungsführung und die enge Bauweise im Inneren des Sicherheitsbehälters gibt es nicht genug Platz, um zu hantieren. Das aber bedeutet, daß allen heutigen Atomkraftwerken die notwendigen Voraussetzungen für sichere Reparaturen fehlen.

8. Die Klagen des Leiters des Atomkraftwerks Grundremmingen beweisen, daß die amtliche Behauptung, Atomkraftwerke hätten eine Lebensdauer von dreißig bis vierzig Jahren, falsch sind. Nach amerikanischen Erfahrungen sind sie bereits nach fünf Jahren in einer Weise reparaturanfällig, daß damit ihr Betrieb unrentabel wird. In der Bundesrepublik Deutschland müssen jetzt bereits vier Kernkraftwerke wieder stillgelegt werden. Noch weiß man nicht, wie man sie in frühestens zwanzig bis dreißig Jahren wieder aus der Landschaft beseitigen soll. Ihre Bewachung kostet jährlich pro Werk drei bis vier Millionen; für die endgültige Beseitigung veranschlagt man pro Werk 150 Millionen DM.

Die Unabhängigen, 29. 11. 1975

Ein Mitarbeiter des Kernforschungszentrums zum Vortrag eines Lebensschützers

„Ich bedauere, sehr geehrter Herr Wahl, daß Sie sich — bewußt oder unbewußt — vor den Karren dieser zeitgenössischen Unlogik spannen lassen, bei der Tatsache, daß Ihnen technisches Verständnis, Urteils- und Unterscheidungsvermögen (im Gegensatz zu vielen anderen Menschen, die in Sachen Kernenergie mitreden) doch nicht abgehen!"

„Abschließend zu diesem Thema (gemeint sind Ausführungen über Strahlenschäden) möchte ich Sie bitten, sehr geehrter Herr Wahl, Ihre eigene Haltung und Ihre eigenen Worte noch einmal gewissenhaft zu überprüfen, insbesondere auch daraufhin, welche Denk- und Erwartungsschäden Sie mit solchen Bild/Wortkombinationen im unbefangenen Betrachter anrichten, der nach einer so beschaffenen Diaserie + Vortrag mit dem Gefühl nach Hause gehen muß: „Um Gottes Willen, verschont mich mit der Kerntechnik, bei allem, was da auf uns zukommt!"

Der Vortragende, Ingenieur Richard Wahl, fragt dazu, ob man von der Gegenseite ein besseres Lob über die Wirkung eines Vortrages bekommen könne? Der Dipl.-Chemiker und Dr. phil. ist offensichtlich beeindruckt worden.

Zitate über Atomkraftwerke

Wissenschaftliche, juristische, staatliche und andere Stellungnahmen. Zusammengestellt von **Wolfgang Wellmann, Schatzmeister** des WSL/Sektion BRD.

Bundespräsident Scheel in Lingen, Mai 1975: Kernkraftwerke müssen „rechtzeitig gebaut werden", vorausgesetzt, daß die Bürger „vor denkbaren Schäden" geschützt werden. Vor allem das Problem der Beseitigung nuklearer Abfälle sei jedoch nur mit internationalen Abmachungen zu lösen. (Hess. Allgemeine 17. 5. 1975)

Der Bürgermeister von Biblis, Seib, am 15. 4. 1975: „Der Atommeiler hat der Gemeinde bisher nur Vorteile gebracht."

Der Bürgermeister von Borken, Kniest, März 1975: „Unser aller Sicherheitsbedürfnis muß selbstverständlich im Vordergrunde stehen." (Hess. Allgemeine 26. 3. 1975)

Das Verwaltungsgericht in Freiburg/Br.: „Die Gefahr ist nicht auszuschließen, daß sich durch den Betrieb des Kernkraftwerkes (Wyhl) und seine Auswirkungen auf die metereologischen und ökologischen Verhältnisse die Struktur ihres Gebietes wesentlich verändert, daß die Lebensbedingungen der gesamten Einwohnerschaft dadurch unzumutbar beeinträchtigt werden, und daß ihre Einrichtungen und Grundstücke" (Weinberge, Obst- und Gemüsebau, Landwirtschaft) „Schaden nehmen".

Physiker Dr. K. H. Lindackers (TÜV Rheinland) 1970: Es „kann gesagt werden, daß schwere Schäden an Kernkraftwerken nationale Katastrophen sind."

120 Wissenschaftler aus 31 Ländern erklärten am Ende der Pugwash-Konferenz am 4. 9. 1974 in Wien: „Viele Mitglieder hätten Bedenken gegenüber der Energie aus Atomspaltung wegen der schwierigen Probleme der Reaktorsicherheit, der Beseitigung radioaktiver Abfälle und der möglichen Abzweigung spaltbaren Materials für „kriminelle Zwecke". (Frankfurter Rundschau 5. 9. 1974)

Carrol Wilson, Professor am Massachusetts Institute of Technology (MIT) in USA 1974: „Die ... Länder stehen ... vor einer ... moralischen Herausforderung. Sie besteht darin, den Atommüll in Grenzen zu halten, ihn ständig zu kontrollieren und an sicheren Plätzen aufzubewahren ... Ich sehe derzeit keine Möglichkeit, dieses Problem zu lösen." Zu den Atomkraftwerken: „Die Möglichkeiten von menschlichem oder technischem Versagen sind in ihrer Vielzahl erschreckend." „Falls eine solche Katastrophe einmal eintreten sollte, müßten wahrscheinlich hundert-, zweihundert- oder dreihunderttausend Menschen in dem Gebiet sterben, über das die radioaktive Wolke hinwegzieht." (Aus dem Protokoll einer Expertendiskussion in Bonn, März 1974)

2300 amerikanische Wissenschaftler, davon neun Nobelpreisträger sowie drei Professoren, die an der Entwicklung der amerikanischen Atombombe beteiligt waren, forderten den US-Präsidenten Ford in einer Bittschrift auf, den Bau neuer Atomkraftwerke vorerst zu stoppen (Hess. Allgem. 9. 8. 1975), den Betrieb der 55 arbeitenden und 70 geplanten Werke einzuschränken, bis alle Zweifel an deren Sicherheit ausgeräumt seien. („Die Zeit" vom 15. 8. 1975)

Nobelpreisträger Alfvén, Präsident der Pugwash-Bewegung: „Die Massenproduktion von Plutonium" (im Atomkraftwerk) „... bedroht uns alle mit dem Tode ..."

„Information des Deutschen Atomforums" ohne Angabe der Jahreszahl, etwa 1974: „Die Kernenergie ist zukunftssicher", ... „ist besonders umweltfreundlich" ... „Der sichere Betrieb von Kernreaktoren beruht auf der mehrfachen Einschließung des Kernbrennstoffes und der in ihm entstehenden Spaltprodukte durch mehrere einander umschließende Hüllen."

Prof. Dr. Carl Friedrich von Weizsäcker in der „Zeit" vom 27. 6. 1975: „Niemand würde die Behauptung wagen, alle ... Sicherheitsprobleme seien gelöst" ... „Die 100 Milliarden Curie Radioaktivität in einem 1000 Megawatt-Leichtwasserreaktor" (Borken soll 1200 Megawatt leisten) „könnten, wenn sie über eine Millionenstadt verbreitet würden, einen großen Teil ihrer Bevölkerung schwer verletzen und würden die Stadt für lange Zeitunbewohnbar machen." Und in der „Zeit" vom 4. 7.: „Es gibt keine materiell zwingende Gründe, von der gegenwärtigen, bis 1985 befristeten, Reaktorbauplanung abzuraten. Jedoch ist eine Reihe von Untersuchungen vor endgültigen Entscheidungen zu fordern." (Es werden vier zu prüfende Fragen aufgezählt, deren Beantwortung für, aber auch gegen den Bau weiterer Atomkraftwerke ausfallen könnte.)

Bundesinnenminister (damaliger) Genscher 1974: „Ich begrüße und unterstütze alle Bürgerinitiativen, die sich dem praktischen Umweltschutz verschrieben haben" ... „Der Stand der Technik darf nicht von weitgehend gewinnorientierten ... Erkenntnissen bestimmt werden." ... „Bürgerinitiativen haben an vielen Orten Fehlplanungen erfolgreich verhindert." (Umweltzeitung des Bundesinnenministeriums, März 1974)

Schweizerische Energiepolitik

Wieso mit dem Kopf durch die Wand?

Wir leben in einer Zeit der Schlagwörter und der Experten

Die Reklameflut hämmert Nebensächliches mit derartigem Nachdruck in unsere Köpfe, daß Urteilskraft und selbständiges Denken verkümmern. Der gewöhnliche Bürger fühlt sich sachlich und zeitlich überfordert, wenn er die Bedeutung von Problemen erkennen und Lösungen beschließen sollte.

Also stecken wir den Kopf in den Sand und verlassen uns auf die Meinungsbildung aus der Retorte von Interessengruppen, auf Gutachten und Propaganda, welche sich für jedes Bedürfnis nach Maß schneidern lassen. Wer sich aber der Verantwortung entschlägt, versinkt in der manipulierbaren Masse. Mag die Beeinflussung in vielen Fällen gut gemeint sein, so öffnet sie doch dem Mißbrauch der Macht Tür und Tor. Verunsicherung und Vertrauensschwund sind die Folgen der Vermarktung von Standpunkten und der Ausbeutung von unterschwelligen Emotionen.

Damit werden objektive Fragen zur Glaubenssache, vermischt mit oft von demagogischen Scheinargumenten durchsetzter Interessenpolitik.

Auch in der Energiediskussion wird ein Abtausch von Schlagwörtern geführt, deren Wahrheitsgehalt kaum jemand überprüfen kann. Die Polarisation schließt jedes konstruktive Gespräch aus. Auf demokratische Rücksicht der Mehrheit bauende Minderheiten fühlen sich verraten, Fortschrittsglaube und Wissenschaftskult werden mißbraucht, man stützt sich auf überholtes formelles Recht, ohne darüber nachzudenken, ob es den heutigen Verhältnissen „gerecht" wird.

In dieser verfahrenen und staatsgefährdenden Situation kann nur eine Besinnungspause helfen. Bedenken wir, was für die Zukunft wichtig sein könnte, bevor wir die Weichen unwiderruflich stellen.

Wozu die hektische Eile?

Es wäre ein unverzeihlicher Verhältnisirrtum mit möglicherweise katastrophalen Folgen, wenn wir angesichts der umstrittenen Gefahren der Kernkraftwerke einen überstürzten Entscheid treffen würden, anstatt in Ruhe die Stichhaltigkeit der Argumente zu überprüfen, welche pro und contra Atom ins Feld geführt werden.

Staatspolitisch und ethisch drängt sich eine Besinnungspause allein schon im Interesse der Entschärfung der Gegensätze auf, unabhängig davon, ob die Argumente der Kernkraftgegner sich letzten Endes als emotionell bedingt oder sachlich begründet erweisen werden oder nicht.

Wem nützt die geschäftige Eile? Wer forciert die Politik der vollendeten Tatsachen, welche die erst noch zu erarbeitende Gesamtenergiekonzeption zur Farce macht? Wer will sein Geschäft mit der Angst des Volkes vor gefährdeten Arbeitsplätzen und sinkendem „Wohlstand" machen? Wer mißt diesen Wohlstand an der Quantität der Wegwerfwirtschaft statt an der echten Qualität des Lebens?

Wieso mit dem Kopf durch die Wand? Was kann uns schon entgehen, wenn Atomkraftwerke vielleicht ein, zwei, drei oder sogar fünf Jahre später gebaut würden, sofern sich die Befürchtungen der Gegner als gegenstandslos erweisen sollten? Was können wir schon mit diesen im Vergleich zur langfristigen Verantwortung gegenüber allem Leben der Erde lächerlich kurzen Jahren verlieren?

Noch nie hat eine menschliche Gemeinschaft Fragen von solcher Tragweite mit derart weitreichenden Auswirkungen entscheiden müssen.

Wer dafür keine Zeit hat, riskiert gegenüber seinen Mitmenschen und Nachkommen, zum Versager zu werden.

Wir h a b e n Zeit!

Selbst wenn Sie an die Atomenergie glauben, bitten wir Sie im Interesse der Gesamtheit, Ihre Mitbürger vom Nutzen einer Besinnungspause zu überzeugen. Nehmen Sie Ihren Entscheid nicht auf die leichte Schulter. Auch Sie tragen die Verantwortung.

Ein erster wesentlicher Beitrag, den Sie zur Klärung der Lage leisten können, wie immer auch Ihre persönliche Ansicht sei, ist die Unterzeichnung der Eidgenössischen Volksinitiative zur Wahrung der Volksrechte und der Sicherheit beim Bau und Betrieb von Atomanlagen. Diese Initiative wird dazu beitragen, eine Besinnungspause zu schaffen, die rechtlichen Grundlagen den neuen Verhältnissen anzupassen und dem Volk das Recht zu sichern, sich für seine Gesundheit zu wehren.

Wir bitten Sie, sich für die Sammlung weiterer Unterschriften einzusetzen.

WWF Schweiz

Im Namen des Stiftungsrates

Dr. Hans Hüssy   Claire Baumgartner

AUS DER ARBEIT DES WSL

Die Bürgerbewegung für Umwelt- und Lebensschutz

Aus dem Rechenschaftsbericht des Präsidenten auf dem Ludwigstein – Jahrestagung des WSL/BRD 26.–28. 9. 1975:

Der Ort unserer diesjährigen Jahresversammlung ist mit Bedacht gewählt worden. Wir verbinden uns dadurch bewußt mit der deutschen Jugendbewegung vor mehr als 6 Jahrzehnten, die als eine Bewegung nicht nur für Volkstum und Heimat, sondern für die Erhaltung der Natur schlechthin und für die Bewahrung der Wurzeln unseres Lebens verstanden werden muß.

Auf dem Hohen Meißner wurde 1913 durch die Worte des Philosophen Ludwig Klages ein Bekenntnis aus der damaligen jungen Generation abgelegt, das ein erschütterndes Dokument für die Voraussicht einer später eingetretenen Entwicklung bleibt: „Zerrissen ist der Zusammenhang zwischen Menschenschöpfung und Erde, vernichtet für Jahrhunderte, wenn nicht *für immer*, das Urlied der Landschaft ... Das Antlitz der Festländer verwandelt sich allgemach in ein mit Landwirtschaft durchsetztes Chicago ..." Man habe die Natur an der Gurgel gepackt, daß ihr das Blut aus allen Poren spritzte.

Aus dieser Einsicht ging die **deutsche Naturschutzbewegung** hervor, die in den Zwanziger Jahren das Schlimmste zu verhüten bereits versuchte.

Die Lage, in die sich die Industriegesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg durch das Streben nach unbegrenztem Wachstum gebracht hat, ist sodann schon in den Fünfziger Jahren von manchen ernsten Beobachtern kritisch beobachtet und in entsprechenden Veröffentlichungen gekennzeichnet worden, so von Demoll, Jungk und Manstein.

Zu diesen Einzelkämpfern gesellten sich viele andere, und damit wurde 1960 die Situation reif zur Begründung des Weltbundes zum Schutze des Lebens, der im gleichen Jahre auch eine Sektion in der Bundesrepublik Deutschland einrichtete.

Differenzierungen sachlicher Art, oft aber auch persönliche Gründe oder spontane Initiativen, führten zur Gründung immer neuer Gruppen und Verbände, so daß die Umwelt- und Lebensschutzbewegung heute ein sehr buntes Bild darstellt.

Dieser Pluralismus ist eine Tatsache, die hingenommen und anerkannt werden muß, zumal bereits im Begriff „Initiative" der von Individualitäten ausgelöste spontane Akt gegeben ist.

Gerade in solchen nur von wenigen oder kleinen Gruppen getragenen Initiativen kann ein in seinem Wert nicht zu unterschätzender Beitrag zur schöpferischen Demokratie liegen: „Verstand ist stets bei wenigen nur gewesen" (Schiller).

Hier hat auch das Werten nach Mitgliederzahlen seine Grenze; eine begrenzte Gruppe denkender und aktiver Bürger wiegt selbstverständlich mehr als ein Verband mit lediglich „zahlenden Mitgliedern". Es widerspricht einem Verständnis von aktiver Demokratie, Bürgerinitiativen nach Zahlen ab- (und oft gering-!) zu schätzen: *entscheidend für die Bewertung sind ihre Zielsetzungen und ihre Einsatzbereitschaft.*

Unbeschadet dieser untereinander zu übenden Toleranz entsteht angesichts der immer akuter werdenden Problematik (u. a. der Planung von Atomkraftwerken und ihrer rigorosen Verwirklichung) jetzt die Notwendigkeit einer umfassenden Solidarisierung. Es ist gar nicht zu überschätzen, was es bedeuten kann, wenn – bei Wahrung ihrer Eigenständigkeit – die Verbände und zahlreichen Gruppen der Natur-, Umwelt- und Lebensschutzbewegung ihrem gemeinsamen Anliegen auch einmütig und in geschlossener Front Ausdruck geben. Gemeinsame Aktionen, wie sie für die Basis bereits zur Selbstverständlichkeit geworden sind, auch auf Landes- und Bundesebene, *würden nicht nur die menschlichen* und finanziellen Kräfte vor sinnloser Zersplitterung durch Doppelarbeit schützen, sondern durch Einsparung an Kraft und Geld zu größerem Erfolg führen. Man könnte beispielsweise durch gemeinsame Kundgebungen, Plakate und Flugschriften sowie durch gemeinsame Grundlagen-Informationen in qualifizierten Seminaren eine bedeutend breitere Wirkung in der Öffentlichkeit erzielen als bisher.

Ich bin der Überzeugung, daß niemand im WSL angesichts einer solchen anzustrebenden Kooperation auf ein „Erstgeburtrecht" pocht, abgeleitet etwa aus der unbestreitbaren Tatsache, daß von vielen alten Mitgliedern die Notwendigkeit eines umfassenden Lebensschutzes schon von 1960 an vertreten worden ist. Ich habe im Gegenteil den Eindruck, daß jeder von uns das Gebot der Stunde verstehen wird, seine Hand hinzustrekken zu denen, die auf ihre Weise sich durch Umweltschutz in den Dienst des Lebens stellen. So haben ja gerade WSL-Mitglieder sich in den lokalen Bürgerinitiativen voll integriert. Ich wiederhole noch einmal, was ich schon früher sagte: Nicht wer es macht, ist wichtig, sondern daß Umwelt- und Lebensschutz geschieht! Und ich füge hier hinzu: Entscheidend für *unseren Erfolg wird sein, daß wir in dieser sich bildenden* großen Bürgerbewegung kameradschaftlich miteinander arbeiten! Was hindert uns, unverzüglich damit zu beginnen?

Aus der Lebensschutzschule

COLLEGIUM HUMANUM Vlotho

Umwelt- und Lebensschutz als ökonomisches Problem

Vom 17.–19. November trafen sich Vertreter der meisten Landesverbände des WSL mit Vertretern von verschiedenen sogenannten „dritten Wegen". Zur Frage stand die herkömmliche Wirtschaftstheorie mit ihrer Hilflosigkeit angesichts steigender Arbeitslosigkeit und Inflation und Alternativvorstellungen von einem wirklichkeitsgemäßeren Wirtschaften. Nach einführenden Darstellungen von Ferdinand Böttger, Wilhelm Schmundt und August Haußleiter ergab sich ein äußerst lebhaftes, oft kontroverses, in jedem Fall aber weiterführendes Gespräch, bei dem die Verflechtung von Lebensschutz und Wirtschaftspolitik erkennnbar wurde, bei dem sich auch die Frage erhob, was wählen umweltverantwortliche Bürger 1976?

Welche Möglichkeiten stehen uns offen?

1. In jeder der drei Bundestagsfraktionen sind inzwischen Persönlichkeiten hervorgetreten, die die Katastrophe erkennen, der wir entgegensteuern und die darum eindringlich Verhaltensänderungen fordern. Wir könnten diese unterstützen und von ihren Parteikollegen Stellungnahmen fordern. Die Schwierigkeit besteht darin, daß alle drei Parteien der gleichen Wirtschaftstheorie anhängen, diese Wirtschaftstheorie – wie Herbert Gruhl für jeden Laien verständlich nachweist – ist es aber gerade, die zu unserer gegenwärtigen Umweltkatastrophe Veranlassung gab. Da das Kernstück aller Politik heute (leider) Wirtschaftspolitik ist, erhebt sich die Frage, ob eine Partei nicht eher sich selbst als die Grundkonzeption ihres Programmes auflösen wird?

Was kann für den Lebensschutz erreicht werden, wenn von den Bürgerinitiativen diese einzelnen Persönlichkeiten, die sicher auch für ihre Parteien eine Alibifunktion erhalten, unterstützt werden?

2. Von den beiden außerparlamentarischen Parteien AUD und FSU wurde das Angebot vorgelegt, sich als Lebensschutzpartei den Bürgerinitiativen zur Verfügung zu stellen. Damit wäre eine echte Alternative gegeben, die Frage ist nur, ob ein Engagement in einem selbst für die großen Parteien immer wieder „mörderischen" Wahlkampf – wenn er erfolgreich sein soll – nicht erneut zur Unterstützung für die herrschende Wirtschafts*vorstellung werden könnte, indem der Abwehrkampf z. B.* gegen das Atomreaktorbauprogramm dadurch vernachlässigt wird?

Wir stehen hier alle vor folgenschweren Entscheidungen, die jedoch in irgendeiner Weise gefällt werden müssen. Wir sollten sie nicht auf Grund früherer Situationsanalysen oder liebgewordener Vorstellungen fällen, sondern vorbehaltlos das Pro und Contra heute abwägen.

Biologischer Landbau

In der letzten Novemberwoche fand das 8. Landwirtschaftstreffen statt. Es wurde dabei deutlich, daß durch Herbert Gruhl dem biologisch arbeitenden Landwirt ein wichtiges Argument in der Auseinandersetzung mit den herkömmlichen Schulen an die Hand gegeben wird. Bisher wurde in der Auseinandersetzung zumeist auf die bessere Qualität und Gesundheit im naturgemäßen Landbau hingewiesen .Beide Werte sind äußerst schwer exakt wissenschaftlich (nach naturwissenschaftlicher Methode) zu kennzeichnen. Hinzu kommt noch, daß es zum Beispiel den meisten Menschen gar nicht so sehr um die Gesundheit geht, diese also kein besonders erstrebenswertes Ziel ist, wir denken hier vor allem an die Heerscharen der Raucher. Herbert Gruhl gibt dagegen Zahlen als Argument gegen die industrialisierte Landwirtschaft an:

„Um die Nahrungsmittelproduktion von 1951 bis 1966 im Weltdurchschnitt um 34% zu steigern, mußten vielfache Steigerungen des Rohstoffeinsatzes stattfinden. Diese betrugen bei Traktoren 63%, Phosphaten 75%, Nitraten 146%, Pestiziden 300%. Eine weitere Steigerung ist in den Spitzenländern, auch wenn sie möglich erscheint, nicht mehr wirtschaftlich. Sicher ist, daß die Steigerung hauptsächlich durch den Einsatz fossiler Energien erreicht wurde."

(Aus Herbert Gruhl: Ein Planet wird geplündert, Fischer 1975, S. 79/80).

Herbert Gruhl ist für die CDU Mitglied des Bundestages. Sein neuerschienenes Buch läßt keine andere Alternative zu als Abkehr von den bisher praktizierten Wirtschaftsmethoden.

„In dieser Zeit wird die Abhängigkeit der Landwirtschaft von der Industrie immer totaler. Das Endergebnis ist, daß mit der Erschöpfung der Rohstoffe und des Erdöls auf der Erde nicht nur der Zusammenbruch der Industrie, sondern zwangsläufig damit verbunden, auch der Zusammenbruch der Landwirtschaft in ihrer jetzigen Form erfolgen muß." (a.a.O. S. 84).

Wir haben uns auf unseren Tagungen immer wieder mit diesen Gefahren befaßt und versucht, Alternativen zu entwickeln und zu praktizieren, die die Chance des Überlebens haben.

Unsere Frage muß also sein: Wie können die wenigen Betriebe, die schon heute biologisch arbeiten, auf ihre Nachbarn einwirken? Wie können sie erreichen, daß diese Methode endlich bei den Landwirtschaftskammern als die zukunftsbezogene Methode Anerkennung findet?

Wir geben zu, daß es eigentlich bei unseren schwachen Kräften eine totale Überforderung ist, uns zu der Beanspruchung durch die Bewirtschaftung unserer Höfe nach ungewohnten und zunächst auch mehr Engagement erfordernden Methoden heute schon um Information und Umschulung unserer landwirtschaftlichen Bevölkerung kümmern zu sollen.

Doch wir sitzen alle in einem Boot und wenn die, die rudern können, sich nicht durchsetzen und den anderen die Ruder aus der Hand nehmen, dann werden wir trotz unseres Wissens kentern und mit den anderen in den Wellen untergehen.

Gesundheit und Erholung

Nordsee

Gepfl. Bauernhof, D.L.G. Gütezeichen, 200 m hint. Nordseedeich, von grünen Marschweiden umg., ideales Baden, Wattenlaufen, Bernsteinfunde. Angeln, Reit- u. Radfahrgel., Kinderspielplätze, Ponys zum Reiten u. Fahren kostenlos. Unterricht Reithalle Garding 5 km. Meerwasserschwimmhallen: Bad St. Peter, Tönning, Büsum u. Husum. Helgoland u. Halligf., gute Küche, getr. Tische, erstkl. Zi. m. Bad u. WC, gemütl. Eß-Aufenthalts-, Lese-, Nichtraucher- u. Farbfernsehraum. Vollp. 35,– DM, Kind b. 10 J. 25,– DM, einschl. aller Nebenkosten. Auf Wunsch Diät. 80 Pf Rückporto erbeten. **Pension Spannbüllhof, Emmy Carstens,** 2256 Vollerwiek, Post Garding, Tel. 0 48 62 / 82 80.

ERHOLUNG
für Gesunde und Leber-Galle-Magen-Darmkranke.
Biologische Vollwertkost.

Diätpension Hierzerhof, A-8321 St. Margarethen/Raab, Steiermark.
Reine Luft, Quellwasser, Wald, Ruhe, gepflegtes Haus.

Wintersport – Skilauf mit und ohne Lifte etc. – bei veg. Vollwert- und Waerland-Kost ermöglicht

HAUS KRAL, A-8992 Altaussee, 750 m. Tel.: 00 43/61 52/26 49, das Ferienhaus mit Atmosphäre in landschaftl. reizvoller Umgebung.

Sanatorium Dr. Freisleben, A-8990 Bad Aussee

F. X. Mayr-Kur mit Kneipp-Anwend., Bäder, Packungen, Massagen, Chiropraktik, Elektrobehandl., spez. Diät, Magen-Darm (Verstopf., Bläh., Entz.), Leber-Galle, Bauchspeicheldrüse, Herz-Kreislauf, Kopf-, Nacken-, Kreuzschm., Übergew. Herrl. Spazierwege, Sommer/Wintersport; beihilfefähig.

Leukerbad im Wallis –
Weihnachten bis Ende März

Die Waerlandbewegung bietet in ihren Ferienzeiten hier Thermalbadkuren und Wintersportferien. Berühmte, heilsame Quellen mit Temperaturen zwischen 28 und 41 Grad in Hallen- und Freiluftbädern. Großartiges Skigebiet in 2000–3000 m Höhe. Zimmer mit Bad. Hochwertige, lakto-veg. Kost aus biol. Erzeugnissen. Auf Diät-Wünsche wird eingegangen.
Voranzeige: Für Sommer 1976 pachteten wir **in St. Moritz** ein sehr gutes Hotel!

Auskunft: W. Schmidt, 88 Ansbach, Dombach i. L. 8 (bitte Rückporto)
Telefon (0981) 6 28 81

Geschäftliche Empfehlungen

GESUNDE KÜCHENKUNST

5tägiger Spezialkurs für Vollwerternährung im Alltag in Theorie und Praxis nach Dr. Bruker in familiärem Rahmen. Stuhlverstopfung in 4 Tagen heilbar. **Klara Geissler, 3353 Bad Gandersheim, Bismarckstraße 10, Telefon (0 53 82) 17 28. – Prospekte.**

Der produktive Mensch

9 schöpferische Erholungs- und Kurstage für persönliche und berufliche Förderung mit Fitness-Training, Vollwerternährung und autogenem Training – **Dr. jur. D. Geissler**
3353 Bad Gandersheim, Bismarckstraße 10, Telefon 05382/17 28

Prospekte anfordern.

Die Spezialität unter den Besten

- Besonders hoher Anteil Linolsäure
- Nichts ist gehärtet oder chemisch verändert
- Einzigartige Margarine mit drei kaltgepreßten Pflanzenölen.



Vollpolster-Matratzen
aus Roßhaar und Naturfasern, metallfreie Bettroste, Liegemöbel, biolog. Schurwolle-Bettartikel, Wollstrümpfe, Spülmittel, Waschpulver, Spezialberatung.
Bei Anfragen Rückporto und Stichwort LPI erbeten.

Biovertrieb Schmutzler, 418 Goch, Neustraße 2

SCHACH DEN ZIVILISATIONSKRANKHEITEN

Verschaffen auch Sie sich Höhenluft in Ihren Räumen mit in- und ausländischen pat. Klimaleuchten.

Näheres: A. Hornig, Bio-Med-Electronic
D-7988 Wangen/Allgäu, Postfach 165

Schurwolle ist unnachahmbar

und deshalb sind unsere **echten handgewebten Schafwollteppiche** auf natürliche Weise wertvoll.
Wir weben für Sie **Schafwollteppiche** aus **100% Schurwolle** in allen Größen (auch Sondermaße). Unsere Teppiche sind zweiseitig (kein Rücken) zu benutzen, problemlos in der Pflege und waschbar. Bei Interesse schicken wir Ihnen gern kostenlose Unterlagen und Qualitätsmuster mit Rückporto zu.
Außerdem führen wir:
austral. Schaffelle, weiß, sand
Island-Lammfell, naturgrau und -braun
Autositzfelle, mittelbraun

Wollweberei Dietrich Habbishaw
3549 Diemelstadt-Wrexen, Gartenstraße 9, Telefon 0 56 42 / 4 26

Medizin auf totem Gleis

Das Menschenbild der Medizin als vorwissenschaftliche Ideologie.
Von **Hugo S. Verbrugh**

Verbrugh gibt neue Wege an. Nachdem er erst mit vielen Beispielen die Folgen der mechanisierten, technischen Denkweise aufgezeigt hat (Fluor, Nebenwirkungen, Tierversuche, Drogen, Euthanasie, Abortus usw.), entwickelt er allmählich das Menschenbild der Anthroposophie Rudolf Steiners. Das Buch wendet sich an Fachleute wie auch an Laien, soweit beide Gruppierungen um die Zukunft der Medizin Sorge haben.

Die Drei



VERLAG FREIES GEISTESLEBEN STUTTGART

LPI-Leser
unterstützen
LPI-Inserenten
und erhöhen damit die Werbewirksamkeit der
LPI-Anzeigen

Müll

Verwertung im Garten durch
Mücke Komposter DBP
empfohlen von Verbänden für Naturschutz- und Umweltschutz!
Küchen-, Garten-, Papier- und Pappabfälle verrotten in 2–3 Wochen
geruchlos, arbeits- und platzsparend geschützt vor Mäusen, Ratten, Vögeln unsichtbar zu unkrautfreiem Kompost!
Bitte Prospekte und Referenzen anfordern!

Ralf Mücke, 805 Freising-Vötting
LPI 12

Herausgeber, Verleger:	Weltbund zum Schutze des Lebens, Sektion Bundesrepublik Deutschland e. V. D-4973 Vlotho, Bretthorststraße 221 Bankverbindung: Stadtsparkasse Köln, Kto.-Nr. 11 902 467 od. Postscheck der Stadtsparkasse Köln, Nr. 153 000 508
Schriftleitung:	Ursula Haverbeck-Wetzel, D-4973 Vlotho, COLLEGIUM HUMANUM
Anzeigenabteilung:	Dr. Fr. Ross, D-2370 Rendsburg, Hainstraße 21
Bezugsgebühr:	Jährlich DM 12,— einschließlich Zustellgebühr — Erscheint monatlich einmal
Druck:	Dreischild Druckerei und Verlag, 4970 Bad Oeynhausen 11, An den Mühlwiesen 19, Tel. (0 57 31) 9 32 44

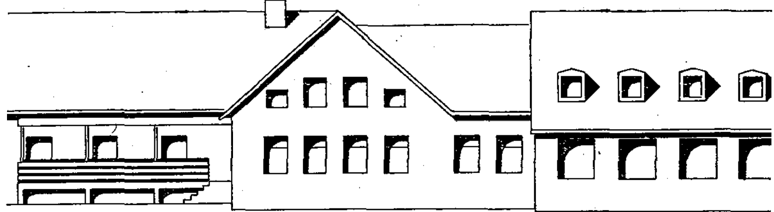
Internationales Studienwerk für Natur-, Umwelt- u. Lebensschutz

COLLEGIUM HUMANUM

Lebensschutzschule Vlotho/Weserbergland

Mitglied im Paritätischen Bildungswerk und im Weltbund zum Schutze des Lebens (WSL)

Das COLLEGIUM HUMANUM widmet sich als erste Heimvolkshochschule nahezu ausschließlich dem Natur-, Umwelt- und Lebensschutz, um gemäß seiner Satzung (1963) zur Bewältigung der durch die Technische Revolution gestellten menschlichen Probleme durch sachliche Information und Erziehung zum verantwortlichen Handeln beizutragen. Ein Hauptanliegen ist daher die Humanisierung der Arbeitswelt und die Wiederherstellung des Gleichgewichtes zwischen Mensch und Natur durch eine ökologisch bestimmte Politik und Wirtschaftsweise sowie ein neues Selbstverständnis des Menschen.
Dem COLLEGIUM HUMANUM steht eine Gruppe von Experten auf diesen Gebieten als Berater und Dozenten zur Verfügung. Studienleiter ist Prof. Dr. Werner G. Haverbeck.



Vorschau auf die Veranstaltungen im ersten Halbjahr 1976

10. – 11. Januar
Wo stehen wir 1976?
Forum zur Zeitgeschichte

19. – 22. Januar
Energie ohne Umweltschmutz – Sonnenenergie

31. Januar – 1. Februar
Vollbeschäftigung – ein Ideal?
Investitionen – ein Allheilmittel?

7. – 8. Februar
Erziehung zum Jahre 2000 – Erziehungswesen in China

14. – 15. Februar
Vollbeschäftigung – ein Ideal?
Lohn – der Preis für die Arbeit?

16. – 19. Februar
Schulentlassene und erwerbslose Jugend in der Krise – Ihre Probleme, ihre Chancen

23. – 26. Februar
Radioaktivität
Wesen und Gefahren

28. – 29. Februar
Maßeinheiten der Radioaktivität
Was ist „1 Millirem"?

6. – 7. März
Grundrechte praktisch
Bürger in Aktion

10. – 12. März
Landbau im Wandel
Nutzung der natürlichen Rhythmen

15. – 19. März
Vordringlichste Aufgabe: Umwelt- und Lebensschutz

20. – 21. März
Energie ohne Umweltschmutz – Windkraftwerke

22. – 26. März
Ökologie im Unterricht
Agrarpolitik im Wandel

24. – 25. April
Maßeinheiten der Radioaktivität
Konzentration, Verdünnung und Überlagerung

26. – 28. April
Geld – und kein Ende
Analysen des modernen Wirtschaftsdenkens

30. April – 1. Mai
Von der Bedarfsweckungs- zur Bedarfsdeckungswirtschaft
Ernährung und Landwirtschaft

3. – 30. Mai
Wie finde ich einen passenden Beruf?
Einführungslehrgang für Mädchen

15. – 16. Mai
Eltern- und Familienbildung
Kleidung und Heim

31. Mai – 4. Juni
Erziehung zum Jahre 2000 – für eine neue Qualität des Lebens

8. – 10. Juni
Welche Lebenswerte vermitteln wir unseren Kindern?
Schulwesen und Grundgesetz

12. – 13. Juni
Grundrechte praktisch
Organisation der Verwaltungsgerichtsbarkeit

19. – 20. Juni
Atomtechnik und Sicherheit

26. – 27. Juni
Vollbeschäftigung – ein Ideal?
Weniger Produktion – mehr Freizeit

Änderungen vorbehalten.
Verlangen Sie bitte Einzelprogramme.
Reise- und Seminarkosten werden im Rahmen der Förderung nach dem Weiterbildungsgesetz, die beantragt ist, erstattet.
Unterbringung in Einzel-, Doppel- und ggf. Mehrbettzimmern bis zu 40 Plätzen sowie Verpflegung – auch vegetarisch – im Hause, darüber hinaus Vertragspensionen in der Nähe. Separates Studienheim für kleinere Gruppen.

Verkehrsverbindungen
Eilzugstation Vlotho (Strecke 265), Taxen am Bahnhof.
Oder D-Züge bis Bad Oeynhausen (Strecke 200): EMR-Bus bis Vlotho.
Autobahnausfahrten Exter bzw. Bad Oeynhausen.

COLLEGIUM HUMANUM
– Sekretariat –
4973 Vlotho-Valdorf, Bretthorststraße/Voßgrund 67
Telefon: (0 57 33) 26 80